

**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0 oder~~  
**NEUE TEL. NR. 711 71 SW**  
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1010 W i e n V

Betrifft GESETZENTWURF  
Zl. 49. GEM. 11  
Datum: 13. JULI 1988  
de  
Verteilt: 14. 7. 1988 Rauer

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl dieses Schreibens anführen.

Z1 2146-01/88

Entwurf eines Bundesgesetzes  
betreffend Versuche an leben-  
den Tieren (Tierversuchsge-  
setz 1988); Stellungnahme

Dr. Rich - Gnomon

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im  
Gegenstand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung  
zu überreichen.'

# Anlagen

11. Juli 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

Gleichzeitig

**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder  
**NEUE TEL. NR. 711 71 DW**  
Klappe DurchwahlFernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5

1014    W i e nBitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Zl 2146-01/88

Entwurf eines Bundesgesetzes  
betreffend Versuche an leben-  
den Tieren (Tierversuchsgesetz 1988); StellungnahmeSchr. d. BMWF vom 31. Mai 1988,  
GZ 5436/23-7/88

Der RH nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Zum § 16 des Gesetzesentwurfes:

Im Hinblick auf die dem gegenständlichen Gesetzesentwurf zugrundeliegende Tendenz, Tierversuche möglichst einzuschränken und nur dann durchzuführen, wenn die angestrebten Versuchsziele nicht durch andere Methoden und Verfahren erreicht werden können, ergibt sich die Frage, ob die gem § 16 des Entwurfes zu führenden Aufzeichnungen, die ja nicht nur den Zweck, sondern auch die Ergebnisse solcher Versuche beinhalten, nicht über einen längeren Zeitraum - als die vorgesehenen zwei Jahre - aufbewahrt werden sollten. Ein längeres Aufbewahren dieser Aufzeichnungen könnte schließlich auch die im § 13 des Entwurfes vorgesehene "Überwachung der Tierversuche" effizienter gestalten.

Zum § 22 des Gesetzesentwurfes:

Im IX. Abschnitt sollte die Vollzugsklausel anstatt "in Angelegenheiten .... des § 19 der Bundesminister für Arbeit und Soziales" richtig "in Angelegenheiten des § 20 der Bundesminister für Arbeit und Soziales" lauten.

- 2 -

Zu den Kosten:

Gem § 18 des Gesetzesentwurfes haben die zuständigen Bundesminister nach Maßgabe des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes unter Bedachtnahme auf den Stand der Wissenschaft die Ausarbeitung anderer Methoden und Verfahren (Ersatzmethoden) zu fördern. Neben diesem Gesetzauftrag ist außerdem (§ 17 des Gesetzesentwurfes) die statistische Erfassung der innerhalb eines Jahres durchgeführten Tierversuche sowie deren jeweilige Veröffentlichung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung vorgesehen. Darüber hinaus wird im Allgemeinen Teil der Erläuterungen, S 14, darauf hingewiesen, daß die strengeren Bestimmungen des vorliegenden Gesetzesentwurfes ein aufwendigeres Verfahren, ein höheres Maß an Begutachtung usw erfordern, weshalb möglicherweise in einem allerdings sehr bescheidenen Umfang - lt BMWF - zusätzliche Planstellen erforderlich werden könnten.

Gem § 14 Abs 1 BHG, BGBl Nr 213/1986, ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen anzuschließen, aus der insb hervorzugehen hat, ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird, wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognosezeitraumes zu beziffern sein werden und welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden.

Die im § 18 des gegenständlichen Gesetzesentwurfes enthaltene Bestimmung und die im Vorblatt zu dem gegenständlichen Gesetzesentwurf gemachte Aussage "zusätzliche finanzielle Mittel werden allerdings - sofern sie nicht aus bisherigen Förderungsmitteln oder Aufwendungen für Forschungsaufträge bzw sonstige Werkaufträge der einzelnen Bundesministerien bedeckt werden können - für die Förderung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen in einem noch nicht näher zu beziffernden Ausmaß erforderlich sein", entspricht nicht den Erfordernissen gem § 14 BHG. Da das Bundesministerium keine überprüfbare Kostenberechnung vorlegte, ist der RH nicht in der Lage, zu den finanziellen Auswirkungen der Maßnahme Stellung zu nehmen.

- 3 -

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates  
ue unterrichtet.

11. Juli 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*Hack*